



12/SN-195/ME 1 von 3

AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

Landhaus, A-6901 Bregenz

Aktenzahl: **PrsG-1655**
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Bregenz, am 3.10.1985

An das
Bundesministerium für öffentliche
Wirtschaft und Verkehr1015 W i e n

Befreit GEBETEN	
Zl.	84-001-85
Datum:	18. OKT. 1985
Verteilt:	1985-10-18 Machh.
Dr. Klausgruber	

Auskünfte:
Dr. MathisTel. (05574) 511
Durchwahl: 2065Betrifft: GGSt.-Novelle, Entwurf, StellungnahmeBezug: Schreiben vom 19. Juli 1985, Zl. 71.545/5-IV/2-85

Zum übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße und über eine Änderung des Kraftfahrzeuggesetzes 1967 und der Straßenverkehrsordnung 1960 (GGSt.) geändert wird, wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Art. I Z. 2 § 31 Abs. 1:

Die Absicht, das Einbringen gefährlicher Güter in das Bundesgebiet durch ausländische Beförderungseinheiten, welche dem § 22 GGSt. nicht entsprechen, bereits an den Landesgrenzen zu verhindern, ist zu befürworten.

Zu Art. I Z. 3 § 41a:

Die ständige Gefährdung der Sicherheit durch Gefahrguttransporte, insbesondere durch solche ohne entsprechende Kennzeichnung, erfordert eine möglichst dichte und wirkungsvolle Überwachung. Eine Aufwertung der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge, welche bisher als Prüfstelle tätig ist, durch Ausweitung ihrer Prüfungstätigkeit ist aus diesen Gründen zu begrüßen.

Bedenken bestehen gegen die Absicht, den Organen der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge die Rechtsstellung von Organen des öffentlichen Sicherheits-

dienstes einzuräumen. Die damit verbundene Ausweitung ihrer Befugnisse ist nur im Umfang der Berechtigungen, wie sie sich aus den Bestimmungen der §§ 26 f des GGSt. ergeben, zu befürworten.

Zu § 131 KFG:

Gegen die außerhalb des Gesetzentwurfes zur Diskussion gestellte allgemeine Kontrollermächtigung der Bundesprüfanstalt über den Zustand von Kraftfahrzeugen und Anhängern besteht kein Einwand.

Für die Vorarlberger Landesregierung:



(Dr. Guntram Lins, Landesrat)

- a) Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das
Präsidium des Nationalrates
1017 W i e n
(22-fach)
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanz-
leramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
1010 W i e n
- d) An alle
Ämter der Landesregierungen
z.Hd.d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung
1014 W i e n
- f) An das
Institut für Föderalismusforschung
6020 I n n s b r u c k

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:

gez. Dr. A d a m e r

F.d.R.d.A.

